

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1209.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verlagsort:
Herrn Knaub, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altkönig

Bezugspreis einschließlich Postgebühren monatlich 80.— M., durch die Post bezogen monatlich 88.— M., unter Anrechnung für Deutschland monatlich 80.— M., Einzelnummer 2.— M., Sonntagsnummer 70.— M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die Zeile pro Woche 100.— M., die halbe Zeile 50.— M., auswärts 125.— M., Ausland 80.— M., 2000 M.
Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 30 Proz.

Nr. 12

Dresden, Montag den 15. Januar 1923

34. Jahrg.

Protest des Reichstages

256. Sitzung vom 13. Januar 1923, nachmittags 2 Uhr

Auf den Türcn des Reichstagsgebäudes wehen die Flaggen

An der Regierungsbank hat das gesamte Kabinett Platz genommen. Das Haus und sämtliche Tribünen sind außerordentlich voll besetzt.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Ich eröffne die Sitzung des Reichstages, die Stellung nehmen soll zu dem empörenden militärischen Gewaltakt, der unserem Lande und unserm Volke in diesen Tagen widerfährt. Ohne den Verhandlungen dieses Hauses vorzugreifen, möchte ich mir ein Wort erlauben an die Landleute an der Ruhr. (Die Abgeordneten erheben sich mit Ausnahme der Kommunisten von ihren Plätzen.) Wir möchten Ihnen zurufen: Halte euch so, daß an dem Tage, an dem die Fremdherrschaft von euch genommen wird, ihr vor euch selbst bestehen könnt und daß eure Kinder von euch besessen können: Ihre Väter haben mit Freigebigkeit und Treue, mit Stolz und Würde aufrechtgehalten, als dieser Schlag geführt wurde. Sie haben weder durch unwürdige Niedertracht und Unterwürfigkeit, noch durch Unbesonnenheiten den Namen ihres Volkes geschändet. Halte euch so, daß ihr, wenn auch äußerlich gezwungen, euch innerlich frei und ungehindert fühlt. Vor der Welt werden wir diesem Gewaltstreik nicht Trauer gegenüber sehen, wir werden die Geschichte aber weisen wir darauf hin, daß hier ein Streik geführt wird gegen den Frieden des Landes, gegen die Freiheit und das Recht seiner Bewohner, der seinen Stand in sich trägt nicht nur gegen uns, sondern gegen alle, die eine ruhige Entwicklung wollen und der die verhängnisvollen Folgen für den allgemeinen Frieden haben muß. (Sehr richtig.) Wenn ich als deutscher Volkstribüne ein Recht hätte, zum französischen Volk zu sprechen, dann würde ich sagen: Prüft! Prüft selbst, ob der Weg, den eure Nachbarn einschlagen, der ist, der euch zu eurem Recht, zu euren Ansprüchen, zu Frieden und Ruhe führen kann! Prüft selbst, ob es nicht vielmehr Verberberung, Schand und Not werden muß und das Recht der Nationen zur Erfüllung anderer Ansprüche. Ihr und wir, eure Nachkommen und die zukünftigen, werden die furchtbaren Folgen zu tragen haben, die dieser Drahtseilakt entspricht. (Sehr wahr!) Deshalb macht es rückgängig, das Unrecht, das ihr an und verübt mit all dem andern der letzten Jahre, das es und euch verflucht. (Beifälliger Beifall im ganzen Hause.)

Der Präsident gedenkt dann des am 7. Januar verstorbenen Abgeordneten Wenzel (Sog.) und der Opfer des oberösterreichischen Arbeiterkampfes. (Die Abgeordneten haben sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen erhoben.)

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein, deren einziger Punkt die Entgegennahme einer Regierungserklärung ist. Das Wort erhält

Reichsminister Dr. Cuno: Die Maßnahmen der französischen Regierung werden geführt auf den Vertrag von Versailles. So schwer die Lasten sind, die wir mit dem Vertrag übernommen haben, so ist Deutschland doch das Recht geblieben, die ihm auferlegten Leistungen nach seinen Hilfsmitteln und seiner Leistungsfähigkeit zu messen. Obwohl dieses Recht Deutschlands im Laufe der letzten Jahre nicht ausreichend beachtet wurde, hat das deutsche Volk sich heldisch bemüht, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit heldisch und aufrichtig der wirtschaftlichen Reparation zu dienen. Arbeiter und Arbeitnehmer waren sich einig in dem dringenden Wunsch, ihre Kraft an den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete setzen zu können. Aber gerade auf die Annahme solcher Arbeit hatten wir zu warten. Deutschland war bemüht, in einer für Frankreich günstigen Weise das Reparationsproblem zu lösen, nachdem durch das Urteil aller Sachverständigen und auch durch die Reparationskommission die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands festgestellt war. (Sehr richtig!) Das Problem stellte sich vom Standpunkt des Vertragsunternehmens aus gesehen unter drei Gesichtspunkten dar: Finanziell handelte es sich darum, Frankreich sofort greifbare Mittel zu verschaffen; wirtschaftlich wurde davon ausgegangen, daß die deutsche und die französische Wirtschaft in wichtigen Beziehungen aufeinander angewiesen sind, und es sollten Wege gesucht werden, ohne Verletzung des deutschen Wirtschaftslebens einen Ausgleich mit Frankreich zu finden; politisch stehen wir der Tatsache gegenüber, daß Frankreich

die Unentbehrlichkeit seiner Stellung am Rhein immer wieder mit der Behauptung kriegerischer Absichten Deutschlands begründet. Unter diesen Gesichtspunkten setzte die Tätigkeit des Kabinetts ein. Der Kaiser kommt dann auf die Soziallage der deutschen Regierung an die Londoner und Pariser Konferenzen zu sprechen. Von der letzteren sagt er: Nach gründlicher Prüfung des deutschen Wirtschaftszustandes und nach dem Urteil aller Sachverständigen konnten wir aus eigener Kraft nicht alle finanziellen Ansprüche Frankreichs befriedigen. Wir haben aber erklärt, bereit zu sein, eine feste Summe als erste Rate zu bieten, die auf dem Weltmarkt durch eine Anleihe garantiert wird. Wir verpflichteten uns weiter, bis zu einer bestimmten Grenze Anleihen nach Maßgabe des Bedürfnisses auszugeben. Auf einen ähnlichen Gedanken des englischen Vorschlags soll Poincaré in seiner Kammerrede erwidert haben, er habe keine Lust, internationale Konferenzen als Schiedsrichter über die Rechte Frankreichs anzuerkennen. Aber welche andern und besseren Maßnahms gibt es für die Befriedigung der wirtschaftlichen und finanziellen Ansprüche Frankreichs? (Sehr richtig!) Ich habe ferner erklärt, daß die deutsche Wirtschaft bereit wäre, die deutsche Regierung bei der Durchführung ihrer Vorhaben zu unterstützen. Nach der wirtschaftlichen Seite haben wir angedeutet, eine Kommission von Vertretern der Industrie und Landwirtschaft, die mit französischen Vertretern im Einvernehmen mit Frankreichs Militärern über eine wirtschaftliche Verständigung verhandeln sollte. (Rufe bei den Komm.: Die werden sich noch verständigen!) — Stürmischer Widerspruch rechts, Rufe, wie: Raus mit den Lumpen! werden in den Säulen der Kommunisten gerufen.) — ein politischer Gemeinplatz einer rein wirtschaftlichen Regelung zu befehlen, haben wir Frankreich durch Vermittlung einer dritten Macht einen durch Volksabstimmung gesicherten Friedensvertrag an. All diese Vorhaben hat Herr Poincaré abgelehnt. (Hört, hört!) Unsere Vorhaben wichen nicht erheblich von denen der

Militären ab. Aber der Unterschied, der uns von Frankreich trennte, war radikal und absolut. Es ist der Unterschied zwischen dem wirtschaftspolitischen und dem machtpolitischen Denken. Aus diesem machtpolitischen Denken erklärt sich der geschichtliche Schritt der Note vom 10. Januar und des Einmarsches vom 11. Januar. Wegen einer Kohlenmenge, die nur wenige Prozent dessen ausmacht, was wir seit dem Waffenstillstand geliefert haben, und wegen Schnittholz und Telegraphenleitungen unternimmt Herr Poincaré eine militärische Aktion,

die Aktien von unabsehbarer Umfange macht. Als man das Schlußprotokoll über den Vertrag ausstufte, ist von Herrn Clemenceau ausdrücklich anerkannt worden, daß nach der Infraktion des Vertrages die Anwendung von Sicherheitsmitteln, wie sie der Krieg mit sich bringt, ihr Ende gefunden habe. Es steht also fest: Recht und Vertrag sind mit dem Einmarsch der Truppen in das Ruhrgebiet gebrochen worden. Solange der vertragswidrige Zustand besteht, ist Deutschland nicht in der Lage, Leistungen an die Mächte zu bewirken, die ihn herbeigeführt haben. Es ist bitter wenig, was wir bei Gewalttätigkeiten entgegenzusetzen können. Was wir innerlich entgegenzusetzen können und müssen, ist mehr: Wille und Entschluß! Ich richte keinen Appell an die Welt, denn ich weiß, daß über den Geschicken der Nationen harte Interessen zu wägen walten. Zunächst stehen wir allein. Wirtschaftliche Reparationsverhandlungen, zu denen wir bereit waren und bei Wiederherstellung des Rechts wieder bereit sein werden, versprechen ohne grundsätzliche Umstellung Frankreichs keinen Erfolg. Es handelt sich für unsere wichtigsten Gläubiger nicht um Reparation, es handelt sich um jenes alte Ziel, das seit mehr als 400 Jahren der französischen Politik eigen ist. Es ist die Politik, die Ludwig XIV. und Napoleon I. und nicht minder deutlich die andern Gewalttäter Frankreichs bis auf den heutigen Tag betrieben haben, jene Politik, deren Ziel es ist, das deutsche Reich und seine Existenz zu vernichten. Auf die Haltung des deutschen Volks kommt es an. Es ist nicht einer unter uns, der sich von dem gemeinsamen Leidensgefühl ausschließen vermöchte, der nicht aufs tiefste erschüttert wäre in dem Glauben an Menschheit und Recht. Es gibt aber ein Höheres als die Verletzung in das Leid. Das ist der tätige Wille des Ueberwindens. (Beifall.) Dazu gehört in unserer Lage

Besonnenheit und Sammlung aller Seelenkräfte. Jeder falsche Schritt jedes einzelnen aus Unüberlegtheit oder aus

Kapitalistische Opfer?

Als die Regierung Wirth, der die Sozialdemokratie angehörte, noch am Ruder war, verfiderten uns gewisse Leute mit geheimnisvollem Augenzwinkern, daß man zunächst einmal die „deutsche Wirtschaft“ an die Regierung lassen müsse, wenn man in der Reparationsfrage weiterkommen wollte. Erst wenn die „honore Stimme der deutschen Industrie“ mit in dem Regierungskongress ertöne, so verkündete der ehemalige ergabidiale Sozialdemokrat Dr. Lensch, dann wird man im Ausland das notwendige Vertrauen zu der deutschen Regierung haben. Aber kaum haben Kommissar der Großindustrie, wie z. B. der Herr Dr. Becker, ihre Regierungssitze eingenommen, da erfolgt der französische Einmarsch.

Es wäre ein Wunder, wenn die Leute von rechts nicht versuchen würden, aus diesem für das deutsche Volk so verhängnisvollen Gewaltakt des französischen Imperialismus Vorteile zu ziehen: „Wir haben es auch immer gesagt“, so heißt es jetzt, „daß trotz aller Erfüllungspolitik das Ruhrrevier doch besetzt wird.“ Sie werden den Boden, den der Gewaltakt der französischen Imperialisten für den deutschen Nationalismus bereitet hat, fleißig beackern. Hat aber wirklich die Erfüllungspolitik nichts genützt? Gätten wir Politik nach dem Rezept von Helfferich und Westarp getrieben, so wäre die Besetzung des Ruhrreviers schon viel früher erfolgt. Wer aber nur einigermassen denken kann, muß einsehen, ein wie großer Vorteil es für Deutschland ist, daß die Zuweisung der Reparationskrisis, die wir nun erleben, erst jetzt gekommen ist. Wenn Frankreich vor ein oder zwei Jahren im Ruhrrevier einmarschiert wäre, so hätte ihm wahrscheinlich die Sympathie der ganzen Welt zur Seite gestanden und Deutschland wäre möglicherweise in seine Bestandteile zerfallen. Das Ziel der Erfüllungspolitik war, Zeit zu gewinnen, bis ein Umwälzung der Welt in den Anschauungen über die Reparationsfrage eingetreten sei. Die Anschauungen über das Wiederentwöhnungsproblem haben sich auch in erster Reihe dank den wirtschaftlichen Nozitäten, die die deutschen Wiederentwöhnungsversuche für die Weltwirtschaft zur Folge hatten, stark gewandelt. Wenn dieser Umwälzung nicht so stark gewesen ist, daß er die französische Besetzung des Ruhrgebietes hat verhindern können, so liegt das zum guten Teile daran, daß in Deutschland durch die bürgerlichen Parteien die Durchführung der Erfüllungspolitik so erschwert wurde. Es sei hier vor allen Dingen an den Widerstand gegen die Erfassung der Schwerkerte erinnert. Durch die Erfassung der Schwerkerte wären uns Zahlungen an die Entente in großem Umfang möglich gewesen und wir hätten wertvolle Zeit gewonnen.

Man wird uns sagen, es sei jetzt, wo unser ganzes Volk so schwer bedroht sei, nicht an der Zeit, Vergangenes auszugraben, in dieser schweren Stunde Deutschlands Parteikämpfe zu führen. Nichtig ist, daß ein gemeinsames Interesse in der Abwehr der französischen Uebergriffe alle Teile des deutschen Volkes verbindet. Aber niemand wird uns glauben machen, daß die Reaktionen ihren Kampf jetzt einstellen werden. Der

Mangel an Selbstbeherrschung kann von schlimmsten Folgen für die Gesamtheit werden. Um die Not und die schweren Zeiten zu übersteigen, die kommen werden, zu überwinden, ist notwendig, daß jeder bereit ist, sein Letztes herzugeben. (Beifälliger Beifall.) Der Weg des deutschen Volkes führt durch Tiefen, aber er ist nicht zu Ende. Stolz bekennen wir uns ungebrosen zur Größe der uns gestellten Aufgabe für die Menschheit, fühlen wir uns als Träger eines Rechtes, das nicht stirbt. Unrecht, Not, Entbehrung: unser Schicksal heulet Freiheit und Leben das Ziel, Einigkeit der Welt! (Stürmischer Beifall bei den Bürgerlichen.)

Hg. Stresemann (D. P.) protestiert im Namen sämtlicher bürgerlichen Parteien gegen den frevelhaften Völkerverbruch, der durch Besetzung deutschen Landes durch die französische Militärmacht geschehen hat. — Der Redner billigt das Vorgehen der Regierung und gilt der Hoffnung Ausdruck, daß vom deutschen Volke nationale Würde, Ernst und Besonnenheit bewahrt werden, und daß dort, wo sie fehlen, die Autorität der Regierung sie schafft. (Beifälliger Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Hg. Müller, Franken (Sog.): Der Herr Reichskanzler hat feierlich Protest eingelegt gegen den die Grundzüge des Versailler Vertrages, seinen Wortlaut und seinen Sinn verletzenden Gewaltakt der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen. Denn darum handelt es sich. Wenn in der französisch-belgischen Note von der Entsendung einer Kontrollkommission von Ingenieuren die Rede ist, die die Erlangung von Reparationsleistungen nachprüfen sollen, so ist eine solche Behauptung nichts als eine widerliche Tortüfserie. Der Einmarsch beweist, daß es sich um nichts anderes handelt, als um die längst angekündigte militärische Besetzung des Ruhrgebietes, die in früherer Zeit die französische Regierung nicht erreicht. Die deutsche Sozialdemokratie, die stets alle imperialistischen Abenteuer bekämpft hat, auch wenn sie von deutscher Seite ausgingen. (Unruhe auf der Rechten.) Nur das Abg. Helfferich: Das mußte kommen! Wollen Sie bestreiten, daß auch das vorgekommen ist? Ich erinnere nur an das chinesische Abenteuer. (Erneute große Unruhe auf der Rechten.) Als Beweis beruft Herrmann Müller aus einem Reichstagsprotokoll eine Regierungserklärung, die die Expedition nach China als eine Kulturakt hinstellt und sagt dann fort: Wir haben das Recht, gegen solche

imperialistischen Abenteuer zu protestieren und das Recht, gehört zu werden. Wenn wir gegen diesen neuesten Einbruch in friedliches deutsches Land protestieren. Wir befürchten: Bedauern müssen wir feststellen, daß auch die belgische Regierung sich beteiligt hat. Belgien hat selbst während

genannte Nationalsozialist Hitler hat ja in einer Versammlung in München zu einer fanatischen Abrechnung mit den Lumpen aufgefordert, die das ganze Unglück verschuldet haben. Damit meint er selbstverständlich, nicht die Wilhelm II. und Ludendorff, sondern vor allem uns Sozialdemokraten. Wenn aber jetzt soviel von der Schicksalsgemeinschaft aller Schichten des deutschen Volkes gesprochen wird, so möchten wir doch endlich einmal sehen, daß unsere bürgerlichen Parteien auch entsprechend handeln.

Mühten nicht jetzt, wo den Massen des deutschen Volkes so viel Schweres bevorsteht, die bürgerlichen Parteien endlich dem Unrecht ein Ende machen, daß die Kapitalisten ihre Steuern zum größten Teil in jeder Weise auf die Arbeiter und Angestellten in entwertetem Gelde zu zahlen haben, sind sie bereit, Maßnahmen zu treffen, um wenigstens dem ärgsten Wucher entgegenzutreten?

Man hat jetzt einen Trauertag eingesetzt und es ist wieder einmal davon die Rede, daß Maßnahmen gegen die Schlemmerei ergriffen werden mühten. Werden die bürgerlichen Parteien wirklich bereit sein, hier etwas zu tun, oder werden sie auch jetzt ängstlich darauf besorgt sein, daß nicht irgendeinem Unternehmer der Profit beschnitten wird. Wahrscheinlich, es wäre dringend notwendig, daß dem mühten Treiben gewisser Kreise ein Ende gemacht wird. Wie durfte es sein, daß hier in Dresden in der Zeit der höchsten Bedrängnis unseres Volkes ein Gauflerfest abgehalten wurde, bei dem wahrscheinlich Millionen verendet wurden, während die Not an die Türen so vieler deutscher Familien pocht. Muß nicht das Ausland glauben, es könne mit unsrer Not nicht so schlimm sein, wenn es sieht, wie sich die Verdrängung so aufdringlich breitmacht?

Durch den Ausfall an Kohlen, den wir als Folge der Besetzung zu erwarten haben, wird unsre ganze Wirtschaft aufs schwerste getroffen. Da ist es dringend notwendig, daß wir planmäßiger wirtschaften als bisher. Es gilt vor allen Dingen, die Produktionszweige aufrechtzuerhalten und zu stärken, die lebenswichtigen Produkte erzeugen, während dort am ehesten Einschränkungen möglich sind, wo Ueberflüssiges und Entbehrliches hergestellt wird. Mühten nicht unsre ganze Wirtschaftspolitik darauf eingestellt werden, die Massen in den Städten und Industriebezirken wenigstens davor zu schützen, daß sie noch mehr darben mühten?

An der Reichsregierung ist die Sozialdemokratie jetzt nicht beteiligt, sie hat auch keine Urkunde, an ihrer Gestaltung etwas zu ändern, solange ihr nicht die Gewähr für eine Politik gegeben ist, die die Not der Massen wirklich mit allen verfügbaren Mitteln zu lindern sucht. Die jetzige Reichsregierung wird die Sozialdemokratie hinter sich haben, soweit sie Maßnahmen ergreift, die geeignet sind, die dem deutschen Volke drohenden Gefahren zu mildern. Wir fordern vor allem von der Regierung Cuno und von den bürgerlichen Parteien, es solle endlich einmal dafür gesorgt werden, daß auch die Besessenen Opfer bringen mühten, daß alle Teile des Volkes ihren Anteil an den Lasten tragen, die der gegenwärtige Wucher dem deutschen Volke auferlegt.